



Punkt 17.1 der öffentlichen Sitzung am 14. Mai 2013

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012 -

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Wiesbaden beträgt gut 32 Prozent. Um die Probleme dieser Menschen frühzeitig erkennen und lösen zu können empfiehlt es sich, auch vor Ort in den Stadtbezirken einen breiteren Fokus auf integrationspolitische Belange zu legen. Durch die Einrichtung von ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten soll diese Herausforderung besser bewerkstelligt werden können. Diese Integrationsbeauftragten sollen in den jeweiligen Ortsbeiräten analog zu den Stadtteiljugendbeauftragten auf freiwilliger Basis benannt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- den Ortsbeiräten die Benennung von Integrationsbeauftragten auf freiwilliger Basis zu empfehlen.
- Hierzu auch die Mitglieder des Ausländerbeirates, die im jeweiligen Ortsbezirk wohnen anzufragen.

Die Integrationsbeauftragten

- müssen nicht zwingend Mitglied im Ortsbeirat sein,
- sollen, analog zu den Stadtteiljugendbeauftragten, im Ortsbeirat Rederecht bei integrationspolitischen Themen bekommen und Handlungsempfehlungen aussprechen dürfen.

Vom Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat, der Verwaltung und den gewählten Integrationsbeauftragten wird ein Leitfaden erstellt, der zur Erleichterung der Arbeit dienen soll.

Ansprechpartner für die Integrationsbeauftragten sind der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung, und Integration, der Ausländerbeirat sowie das Amt für Zuwanderung und Integration.

Beschluss Nr. 0046

1. Der mündliche Bericht von Frau Stadträtin Scholz über die Beschlüsse der Ortsbeiräte zur Benennung von Integrationsbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

2. Des Weiteren wird zur Kenntnis genommen, dass

- im Anschluss an die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am **03.09.2013** ein erstes Gespräch mit den benannten Integrationsbeauftragten, Vertreter/innen des Ausländerbeirates, der Fachverwaltung und den Mitgliedern des Ausschusses stattfinden wird und
- in dieser Sitzung der Leitfaden für die Arbeit der Integrationsbeauftragten vorgestellt werden soll.

3. Zu einem späteren Zeitpunkt ist eine weitere Sitzung gemeinsam mit den Ortsvorsteher/innen vorgesehen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2013

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2013

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2013

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister